5.

Der

Socialismus und der Menehelnord.

Von

Heinrich von Treitschke.

(Abdruck aus dem XLI. Bande der Preussischen Jahrbücher.)

Berlin.

Druck und Verlag von G. Reimer.
1878.

Handwritten text, likely a title or heading, in a cursive script. The text is faint and difficult to read.

Handwritten text, likely a title or heading, in a cursive script. The text is faint and difficult to read.

Handwritten text, likely a title or heading, in a cursive script. The text is faint and difficult to read.

Handwritten text, likely a title or heading, in a cursive script. The text is faint and difficult to read.

Handwritten text, likely a title or heading, in a cursive script. The text is faint and difficult to read.

Das Leben ist oft graufiger als die wildesten Gebilde der Phantasie. Wer hätte vor einem Monat nur für denkbar gehalten, daß heute ein französisches Blatt uns zurufen darf: „warum hassen die Deutschen ihren Kaiser? und unter uns, die sein Schwert so schwer getroffen hat, haßt ihn Niemand!?“ Schmach über Schmach ist binnen wenigen Wochen auf den guten Namen des treuen deutschen Volkes gefallen. Noch hatte sich die Welt kaum erholt von der unglaublichen Nachricht, daß ein Deutscher die mörderische Hand erhob gegen den greisen Helden der Nation; da wird unser Thronfolger auf englischem Boden von deutschen Männern mit Schimpf und Hohn überhäuft, nur durch die Wachsamkeit der Londoner Polizei vor dem Aergsten behütet, und alsbald folgt ein neuer noch scheußlicherer Mordanfall gegen den edlen Fürsten, der den Jammer unserer kaiserlosen Tage beendet hat. Während wir diese Zeilen schreiben ist es noch nicht sicher, ob dies theuere Leben uns erhalten bleibt. Millionen zerfnirschter und beschämter deutscher Herzen blicken fragend zu Gott empor: ob es denn wirklich in seinem unerforschlichen Rathschluß beschlossen ist, daß uns auch noch die letzte Schande treffen, daß der erste deutsche Kaiser, wie einst Frankreichs Friedensbringer Heinrich IV. durch die Hand eines Landsmannes den Tod finden soll? Und dies in einem Augenblicke, da die weite Welt dankbar die Weisheit und Gerechtigkeit der deutschen Krone bewundert, da die Bevollmächtigten der großen Mächte sich eben anschicken den Friedenscongreß zu besuchen, der allein durch die Mäßigung der deutschen Politik möglich wurde. Wohin ist es mit uns gekommen!

Wer in einer solchen Stunde des Aufruhrs aller Gefühle über die politischen Aufgaben der nächsten Zukunft zu reden unternimmt, bedarf eines kalten Kopfes und fester Selbstbeherrschung. Es ist aber auch nicht ein von gestern auf heute erfonnener hitziger Einfall, sondern eine wohl-erwogene, seit Monaten in schmerzlichem Nachdenken gereifte Ueberzeugung, wenn wir die Meinung aussprechen, daß die heutigen Gesetze nicht mehr

ausreichen, um den Bestand der Gesellschaft und der Cultur gegen die große Verschwörung der Socialdemokratie zu sichern. Aus dem Pfuhe der Socialdemokratie ist alle die unauslöschliche Schande der jüngsten Tage emporgestiegen. Der Augenblick ist zu ernst um noch darüber nachzugrübeln, wer mitgeholfen hat diese Eiterbeule am Leibe unseres Volkes zu nähren. Fast alle Parteien und Stände, leider, tragen einige Mitschuld: die selbstsüchtige Interessenpolitik der Agrarier und der Schutzzöllner, der frivole Dilettantismus der Christlich-Socialen, die Systemsucht der Nationalökonomien, die sinnliche Weltanschauung der Modephilosophen, das Mammonspriesterthum der Börsenwelt, das Hetzen und Wühlen der Ultramontanen, die hämische Tadelsucht der Fortschrittspartei, der verbissene Haß der Particularisten, endlich jener liberale Leichtsin, der es nur für ein harmloses Ueberschäumen der Freiheit hielt, wenn die socialdemokratischen Massen das neue Kannibalenlied sangen: „hier Petroleum, da Petroleum! Petroleum um und um!“

Eine allmähliche Läuterung der Socialdemokratie von innen heraus haben wir nie erwartet, denn der Unsinn und die Niedertracht können sich nicht abklären. Was von berechtigten Gedanken in den Lehren dieser Sekte liegen mag ist ihr gemein mit anderen Parteien; was ihr eigen angehört und ihr Wesen ausmacht, ist das Evangelium der sinnlichen Gier, des Hasses und des Neides, die Verhöhnung alles Heiligen. Wohl aber war es eine Zeit lang erlaubt zu hoffen, daß die mißleiteten Massen endlich einmal von ihren Verführern die Erfüllung der überschwänglichen Versprechungen fordern und dann enttäuscht den Betrügnern den Rücken wenden würden. Auch diese letzte Hoffnung ward mit jedem neuen Monat schwächer. Die Verwilderung wuchs und wuchs. Mit den gotteslästerlichen Reden dieses Winters erreichte die Unzucht des Wortes einen Gipfel, der nicht mehr überschritten werden konnte; die Versammlungen der Berliner Weiber — sicher das unheimlichste unter allen Symptomen der argen Krankheit — ließen erkennen, wie tief bereits die Grundlagen unseres sittlichen Lebens untergraben sind; nachher, bei den beiden großen Leichenbegängnissen im Frühjahr, musterte die Revolution schon prahlerisch beim hellen Tage ihre Heerschaaren. Jedem ernststen Beobachter drängte sich die Befürchtung auf, daß nunmehr die Heilung des Leidens in anderer, schrecklicherer Weise erfolgen, daß die langjährige Aufwiegelung der thierischen Leidenschaften irgendwo zu einem Straßenkampfe und dieser zu einem Eingreifen der Staatsgewalt führen würde. Gewiß sind die Führer der deutschen Socialdemokratie in ihrer großen Mehrzahl feige Demagogen, die den offenen Kampf fürchten; sie befinden sich wohl in dem Gewerbe der Wühlerei und verdanken ihm ein persönliches Ansehen, das

sie in einem ehrlichen Berufe nie erwerben könnten. Doch hinter ihnen steht jene brutale und verhetzte Masse, die in revolutionären Parteien regelmäßig den Führern über den Kopf wächst; sie will „durch Blut und Trümmer zum Ziele wallen“, wie das deutsche Socialistenlied sagt. Hinter dieser endlich lauert der in London zusammengeronnene ekle Auswurf der deutschen Gesellschaft.

Der unvermeidliche Ausbruch ist erfolgt, scheußlicher als sichs das Hirn eines ehrlichen Mannes je erträumen konnte. Der Mord, der feige Mord schleicht um unser Herrscherhaus. Nicht umsonst hat die socialdemokratische Presse seit Jahren die Mörder „Ludwig Capets“ verherrlicht und ihre vergifteten Pfeile immer gradeswegs gegen die Personen des königlichen Hauses gerichtet. Diese unnatürlichen Blutthaten gegen einen Herrscher, dessen leutselige Güte und Milde ihn zum Liebling des kleinen Mannes machen sollte, und die lange Reihe frecher Majestätsbeleidigungen nachher stellen es außer Zweifel, daß man in hunderten von Spelunken sich schon ergötzt haben muß an der Hoffnung: es werde besser werden, wenn man die Hohenzollern wie die Spazzen einen nach dem anderen weg-schösse. Der Gedanke ist infernalis, dumm ist er nicht. Eine physische Unmöglichkeit steht nicht im Wege; gegen den Meuchelmord vermag keine menschliche Wachsamkeit ganz zu schützen, wenn sich nur die nöthige Zahl von Mordgesellen findet, die bereit sind ein verlogenes und verlorenes Leben mit einem großen Triumphe ruchloser Eitelkeit zu beenden und zugleich „einen Großen mitzunehmen“, wie der Mörder Nobiling sagte. Im Wege steht nur Eines, woran diese Unseligen nicht glauben, die göttliche Führung der Weltgeschichte; sie läßt es nicht zu, daß Preußens ehrenreiche Geschichte so in Roth und Blut enden sollte.

Wir können uns nicht mehr darüber täuschen, die Socialdemokratie ist der Ruthe entwachsen, sie ist zu einer Schule des Verbrechens geworden. Wie einst der nothwendige Rechtsbruch der Reformation die Orgien der Wiedertäufer erzeugte, so sind aus den furchtbaren Erschütterungen, welche den Anbruch der deutschen Einheit begleiteten, die Gräuel der Socialdemokratie hervorgegangen; und wir werden viele Jahre lang unserer ganzen sittlichen Kraft bedürfen um diesen Auswuchs der deutschen Revolution zu heilen, gründlicher zu heilen als es die Söhne des sechszehnten Jahrhunderts vermochten. „Deutschlands selbstverschuldete Wehrlosigkeit“ — so bezeichnete vor siebzig Jahren F. Genz den letzten Grund der Triumphe Napoleons. Das Gleiche läßt sich heute von den sittlichen Leiden unseres Volkes sagen. Ein großer Theil der Nation ist wehrlos geworden gegen die Phrase, wehrlos gegen den Unglauben, wehrlos gegen den Kitzel der sinnlichen Begierde. Wir müssen ein für allemal brechen

mit jener schwachmüthigen Begönnerung und Beschönigung der rohen Begehrlichkeit, die unter uns allzu lange für geistreich galt, und in jedem Hause mit jedem erlaubten Mittel den Kampf führen gegen die Feinde der Gesellschaft. Warum folgen nicht alle unserer großen Unternehmer dem Beispiele einiger ihrer tüchtigsten Genossen? warum erklären sie nicht, daß sie in ihren Werken und Fabriken keinen Arbeiter mehr beschäftigen wollen, der an der socialdemokratischen Wühlerei theilnimmt? Wer seine Arbeiter gerecht und menschlich behandelt, darf das wagen; nur muß er den Muth haben, auf kurze Zeit einige geschäftliche Verluste zu ertragen.

Doch die langsam wirkenden Mittel der socialen Gegenwehr reichen längst nicht mehr aus wider die Gefahren des Augenblicks. Eine Million deutscher Männer und Burschen — und wie viele Frauen dazu! — wird durch eine organisirte Verschwörung dem Leben der Nation entfremdet, nimmt gar keinen Antheil an den Gefühlen der Scham und Reue, die in den gebildeten Klassen erwacht sind. Die Socialdemokratie bildet einen Staat im Staate, sie gebietet über ein wohlgeschultes Beamtenheer von tausenden geschäftiger Agenten, sie erhebt regelmäßige Steuern, unterhält eigene Schulen und Bildungsanstalten, sie beherrscht die Gemüther einer völlig abhängigen, für keine andere Einwirkung mehr zugänglichen Masse durch das Machtgebot ihrer Zeitungen. Es wird die höchste Zeit, daß der Staat für längere Zeit die Vereine der Socialdemokratie schließt, ihre Zeitungen verbietet, ihre Agenten aus den großen Mittelpunkten der Arbeiterbevölkerung ausweist. Diese Menschen trotzen auf die Gewalt der Fäuste und sie verstehen nur die Sprache der Gewalt. Wir wissen sehr wohl, daß in dem politischen Katechismus der Durchschnittsliberalen mit Lapidarschrift zu lesen steht: „alle Ausnahmegesetze sind nutzlos, wie die Geschichte Frankreichs beweist.“ Doch wir sind keckerisch genug, den Tieffinn dieser Geschichtsphilosophie zu bezweifeln. Die Schwäche der Staatsgewalt, die Feigheit der besitzenden Klassen, das gedankenlose Buhlen mit der Revolution hat die meisten der anarchischen Bewegungen im neuen Frankreich verschuldet. Die Schreckensherrschaft wurde nur möglich, weil die Krone der Bourbonen muthlos sich selber aufgegeben hatte; der Cultus, der mit den Barrikadenhelden der Juliwoche getrieben ward, ermutigte die Verschwörer der Rue Transnonain; dieselbe Verhättselung, den Februartämpfern von 1848 gewährt, ermöglichte den Juniaufstand; und die Erhebung der Commune konnte nimmermehr eine so furchtbare Macht erlangen ohne jene verblendete Regierung, die während eines halben Jahres die bewaffnete Revolution in der belagerten Hauptstadt nach Gefallen schalten ließ und sich des Glaubens getröstete, es gebe keinen Pöbel in Paris.

Niemand wähnt, ein strenges Eingreifen des Staates werde den So-

cialismus sofort vernichten; vielmehr sind wir darauf gefaßt, daß gerade diese Strenge einige neue Wuthausbrüche des rothen Terrorismus herbeiführen kann. Doch ein großer Erfolg wäre schon erreicht, wenn das weite Netz der organisirten Verschwörung mit einem Hiebe zerrissen, die socialdemokratische Bureaukratie zersprengt und ihre Führer vertrieben würden. Diese Demagogen leben von den Sparpfennigen der mißleiteten Massen; sie werden brodlos, wenn die Vereinsbeiträge und die Zeitungseinnahmen hinwegfallen. Wohl wahr, die Presse und die Versammlungen schaffen wenig, sie bringen lediglich an den Tag, was in den Köpfen und Herzen bereits lebendig ist. Doch diese Regel gilt nur für die gebildeten Parteien. Die Socialdemokratie besteht zum größten Theil aus unreifen Burschen. Die jungen Arbeiter treten zumeist noch unverdorben in die socialistischen Vereine; ihr Gemüth ist anfangs fast immer nur ein unbeschriebenes Blatt. Die natürliche Neigung der Jugend, ohne Mühe eine Rolle zu spielen, oft sogar nur der harmlose Wunsch nach geselliger Unterhaltung treibt sie den Demagogen in die Arme. In diesen Schichten der Gesellschaft wird das Böse in der That erst geschaffen durch die Reden und Schriften der Agitatoren, und es wäre ein offener Gewinn für die Cultur, wenn ein strenges Verbot der socialistischen Vereine und Schriften den ehrlichen und denkenden Freunden des Volks wieder den Zugang verschaffte zu dem Ohre der Massen, das ihnen heute fast ganz verschlossen ist. Von der geheimen Wühlerei der Socialisten steht nicht allzu viel zu befürchten; das ganze Treiben verliert seinen Reiz für die Masse, wenn die Freuden der Feste und Aufzüge, der öffentlichen Schreierei und Brählerei aufhören. Alle germanischen Völker waren von jeher, Dank ihrer angeborenen Wahrhaftigkeit, sehr ungeschickt in den Künsten der Geheimbünde. Wie geringfügig blieb selbst die Wirksamkeit des Tugendbundes und der Burschenschaft, obgleich beiden Vereinen ein vollberechtigter politischer Gedanke zu Grunde lag! Möglich immerhin, daß die Socialdemokraten in der Schule der internationalen Propaganda einige gefährliche Kunstgriffe der Geheimbünde gelernt haben; die Mehrzahl ihrer Führer wird doch sicherlich sobald sie den Ernst der Staatsgewalt fühlt, ihrem heroischen Charakter treu bleiben und unter den wahlverwandten Gemüthern der Londoner „Schwefelbände“ einen sicheren Unterschlupf suchen.

Die endgiltige Regelung der Zwangsmaßregeln gegen die Socialdemokratie kann natürlich nur mit Zustimmung des Reichstags erfolgen. Aber man darf dabei nicht stehen bleiben. Wir bedürfen noch anderer Reformen der Gesetzgebung, vor Allem einer Aenderung des Wahlgesetzes. Ueber die verderblichen Folgen des allgemeinen Stimmrechts ist in diesen Jahrbüchern oft und eingehend gesprochen worden; sie zeigen sich nicht in

der Zusammensetzung des Reichstags, sondern in jener Selbstüberhebung und Verwilderung der Massen, die unfehlbar überhandnehmen muß, wenn das Gesetz selber eine unwahre Gleichheit anerkennt und alle drei Jahre eine zügellose Agitation wiederkehrt. Wir haben oft wiederholt, daß wir gleichwohl eine Aenderung des bestehenden Gesetzes nur im äußersten Nothfall wünschen könnten. Dieser Nothfall ist jetzt eingetreten; für Deutschland ist leider der Augenblick gekommen, wo der Senat sein *videant consules!* rufen muß. Wir brauchen verlängerte, etwa fünfjährige, Legislaturperioden und, wenn sich ein Hausstands-Stimmrecht nicht erreichen läßt, zum Mindesten eine höhere Altersgrenze für die Wahlberechtigung, also daß die geistig unselbständigen Elemente der Bevölkerung von der Wahlurne ausgeschlossen werden.

Auch die allzu milde Anwendung der Gesetze ist nicht schuldlos an den Gräueln dieser jammervollen Wochen. Eine schlaffe, gefühlseelige Philanthropie droht wieder, wie einst in dem matten Jahrzehnt vor der Jenaer Schlacht, den alten guten Geist preußischer Strenge zu verdrängen. An einen ewigen Richter glauben die Demagogen nicht, und der weltliche schwingt sein Richterschwert oft nur wie einen zierlichen Galanteriedegen. Je zärtlicher der Staat den Leib des Verbrechers behütet, um so tiefer sinkt der Werth des Menschenlebens in den Augen der Masse, um so schwächer wird ihr der Abscheu vor dem Blute. Allgemein glaubt man im Volke, die Todesstrafe sei abgeschafft und — man handelt auch darnach! Was uns vor Allem noth thut, ist Ernst, strenger Ernst in der Handhabung des Gesetzes. Die Majestät des Rechts muß wieder zu Ehren kommen. —

Binnen Kurzem haben wir die Auflösung des Reichstags zu erwarten. Wie unsäglich traurig ist es doch, daß der Erbe des deutschen Kaiserthums seine öffentliche politische Wirksamkeit damit beginnen muß, zum ersten male seit das Reich besteht, den Zwiespalt zwischen Krone und Parlament vor aller Welt aufzudecken! Eben jetzt, da alle guten Deutschen sich einträchtig um den schändlich entweihten Thron schaaren sollten, steht uns ein unnatürlicher, widerwärtiger Wahlkampf zwischen Liberalen und Conservativen bevor — ein Wahlkampf dreifach widerwärtig für Süd- und Westdeutschland, wo eine eigentlich conservative Partei nur an wenigen Orten besteht, also allerhand particularistische, ultramontane, reaktionäre Elemente unter conservativer Maske versuchen werden obenauf zu gelangen. Die Auflösung erscheint auch deshalb nicht unbedenklich, weil sie den Erlaß der nothwendigen Gesetze um viele Wochen hinauschiebt. Den Kriegszustand kann die Krone, nach einer strengen Auslegung der Reichsverfassung, jetzt nicht verhängen; denn es liegt weder Krieg noch Aufruhr vor, die

Gesetzgeber des Norddeutschen Bundes waren noch unschuldig genug, solche Gräuel wie wir sie sahen nicht für möglich zu halten. Auch wäre es unrecht, der getreuen Mehrheit der Nation ein fränkendes Mißtrauen zu erweisen. Wohl oder übel muß man vorläufig mit den bestehenden Gesetzen sich behelfen. Gegen die Versammlungen der Socialisten reichen sie vielleicht aus, gegen die Presse nicht; sie wird leider den gewerbmäßigen Betrieb der Gotteslästerung, der Aufwiegelung, des Landesverrathes noch eine Zeit lang ziemlich ungestört fortsetzen.

Trotzdem ist der Entschluß der Regierung nur zu erklärlich. Die traurige Thatsache, daß der Reichstag am 24. Mai mit überwältigender Mehrheit das Socialistengesetz verwarf, läßt sich nicht mehr aus der Welt schaffen und Niemand kann mit voller Sicherheit sagen, ob die Mehrheit seitdem anderen Sinnes geworden ist. Die Parteien sind in dem alten Hause sehr unglücklich gruppiert; ein dem Ministerium günstiger Beschluß kann nur dann erwartet werden, wenn die nationalliberale Partei geschlossen mit den conservativen Fractionen stimmt. Was aber nach dem zweiten Mordanfall in der nationalliberalen Presse verlautete, war leider nur eine Kette von Widersprüchen, gestattete schlechterdings keinen sicheren Schluß. Wer darf es der Regierung verargen, wenn sie in so schwerer Stunde nicht ein zweifelhaftes Glücksspiel wagen will, sondern vorzieht, an das Gewissen der Nation zu appelliren? Genug, der neue Wahlkampf beginnt. Wie werden sich die alten Parteien zu der gänzlich veränderten Lage der Dinge verhalten?

Im Verlaufe der letzten Jahre hatte sich zwischen der Regierung und der stärksten Fraktion des Reichstags ein gutes, freundliches Verhältniß gebildet, das nur selten durch Mißhelligkeiten getrübt wurde. Die bitteren Erinnerungen aus der Zeit des Conflicts waren ganz vergessen, das unglückselige Märchen von „der großen liberalen Partei“ fand unter den Nationalliberalen nur noch vereinzelte Gläubige, und zu Anfang dieses Jahres schien der Eintritt einiger parlamentarischer Männer in die Regierung nahe bevorzustehen. Aber die Verhandlungen über die Neubildung des Ministeriums zerschlugen sich — warum? will ich hier nicht untersuchen, schon weil ich darüber nicht genugsam unterrichtet bin. Von den neuen Ministern, welche nunmehr in die Regierung eintraten, hatten Drei in der Verwaltung schwieriger Provinzial- und Communalämter sich die Anerkennung aller Parteien erworben, der Vierte war politisch bisher nur bekannt als einer der Haupturheber des Reichseisenbahnplanes, der bekanntlich die Zustimmung der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses gefunden hat. Mithin lag kein Grund vor zu der Annahme, daß die Regierung jetzt in reaktionäre Bahnen einlenken würde, zumal da die

Leitung nach wie vor in der Hand des Fürsten Bismarck blieb. Es ist aber der Lauf der Welt, daß nach abgebrochenen Verhandlungen beide Theile einander nicht mehr mit unveränderten Gesinnungen gegenüberstehen. Eine dumpfe, hoffnungslose Verstimmung lag über dem Hause; man sprach allgemein von der Versumpfung unserer inneren Politik; die Gerüchte von einer nahenden Reaction erhielten neue Nahrung durch die traurigen Wirren in der evangelischen Landeskirche, durch den Rücktritt des Präsidenten Herrmann, nachher durch das Entlassungsgesuch des Ministers Falk. Wie die Dinge standen hätte die Regierung am besten gethan den Reichstag sofort nach der Erledigung des Budgets zu schließen. Erst wenn die neuen Minister ihre Flagge entfaltet, wenn sie gezeigt hatten was sie wollten und vermochten, konnte sich wieder ein klares Verhältniß zwischen der Regierung und dem Reichstage bilden. Leider wurde die unerquickliche Session nicht abgebrochen; der Mißmuth stieg noch als die Vorlage über das Tabaksmonopol eingebracht wurde, deren Schicksal die Minister im Voraus wissen konnten.

In solcher Verstimmung, übermüdet und nach der Heimkehr verlangend, wurde der Reichstag von dem ersten Mordanfall und von dem Gesetze gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie überrascht. Ich habe damals anders gestimmt als die große Mehrheit der Fraction und nicht verhehlt, daß ich die einfache Verwerfung dieses Gesetzes für den verhängnißvollsten politischen Fehler hielte, der unter den gegenwärtigen Umständen nur irgend begangen werden könne. Ich meinte die Stunde gekommen für den offenen Kampf gegen die Anarchie und wollte lieber ein mannichfach anfechtbares Gesetz annehmen als der Socialdemokratie einen Triumph bereiten. Jedoch die Mehrzahl sah in jener Mordthat nur das vereinzelte Verbrechen eines verkommenen Menschen. Andere nahmen Anstoß an der mangelhaften Fassung des Gesetzes; und doch lagen verständige Verbesserungsanträge vor, von Liberalen entworfen. Einige dachten an das arge Beispiel der Karlsbader Beschlüsse — als ob der gewaltthätige Kampf der österreichischen Fremdherrschaft gegen den höchstgefährlichen Gedanken der deutschen Einheit irgend etwas gemein hätte mit den Sicherheitsmaßregeln, welche eine ehrliche nationale Regierung gegen die Feinde aller Cultur und Sitte ergreifen will! Wieder Andere waren gegen jedes Ausnahmegesetz — als ob wir nicht leider in Ausnahmezuständen lebten! Nur eine kleine Minderheit nahm an der Abstimmung der Fraction nicht Theil, und sie bestand, bezeichnend genug — bis auf einen Einzigen — durchweg aus namhaften Juristen, aus Männern also, die nach Charakter und Lebensstellung natürliche Gegner jeder Willkür sein müssen.

Die Mehrheit des Reichstags hatte der Krone in einem Augenblicke

bringender, schwerer Gefahr nichts zu bieten als Versprechungen für die Zukunft — Versprechen, die unzweifelhaft im besten Glauben ausgesprochen wurden, nur schade, daß Niemand mit Sicherheit sagen konnte, ob es möglich sein würde sie dereinst einzulösen! Gewiß, die Annahme des Socialistengesetzes hätte die zweite Blutthat nicht verhindert — kein Gesetz der Welt vermochte das; die Wortführer der Mehrheit sprachen allesammt unzweideutig aus, daß sie mit der Anarchie nichts gemein haben wollten. Aber in solchen entscheidenden Momenten gilt das Wort des Dichters:

Du sprichst vergeblich viel um zu versagen,
Der Andre hört von Allem nur das Mein.

Der Nation, und namentlich den Anarchisten blieb der Eindruck, daß die Parteien der Ordnung den anstürmenden Wogen der socialen Revolution keinen festen Entschluß, keinen einmüthigen Willen entgegenzusetzen hatten.

Selten ist die Strafe dem politischen Irrthum so rasch auf dem Fuße gefolgt. Nur zehn Tage, und es lag vor Aller Augen, daß die Mehrheit sich über die Gefahren der Stunde gänzlich getäuscht hatte; aus dem Erfolge des Augenblicks war eine schwere moralische Niederlage geworden. Es steht nicht anders, der Liberalismus muß die Folgen dieser Niederlage tragen: er muß sich darein finden, daß nunmehr auf lange hinaus nur eine conservative Regierung möglich ist; er wird bei den Wahlen jedenfalls einige, vielleicht viele Sitze verlieren. Er kann überhaupt nur dann noch eine segensreiche Rolle in der Reichspolitik spielen, wenn er sich das Herz faßt den begangenen Fehler offen einzugestehen und einmüthig beschließt, die der Regierung unentbehrlichen außerordentlichen Vollmachten zu bewilligen. Die Conservativen sind in der günstigen Lage, das Feldgeschrei anzustimmen: „hie Kaiser und Reich! dort die Socialdemokratie!“ Sie wären Thoren, wenn sie sich dieses Vortheils nicht bedienten; sie lassen sich nicht abspeisen mit der allgemeinen Versicherung, man wolle ernsthaft gegen den Socialismus vorgehen, sondern sie werden an jeden Candidaten die bestimmte Frage stellen: „Ja oder nein? Willst du gegen die Socialdemokratie ein Ausnahmegesetz bewilligen, wie es einst gegen die Jesuiten, in härterer Form und bei geringerem Nothstande, bewilligt wurde?“ Um dieser Frage willen ist der Reichstag aufgelöst worden, und — grad heraus — weiß ein liberaler Candidat darauf nur mit Ausflüchten und gewundenen Worten zu erwidern, so müssen alle einsichtigen Patrioten ihm einen Conservativen, der mit einem herzhaften Ja antwortet, unbedenklich vorziehen.

Diese Jahrbücher sind niemals das Organ einer Fraction gewesen, und jetzt am allerwenigsten scheint es uns erlaubt, die vaterländischen

Dinge allein vom Parteistandpunkte zu betrachten. Das Fraktionsunwesen hat überall, in allen Parteien unserer Parlamente, politische Gegner willkürlich an einander geschmiedet, Gesinnungsgenossen künstlich getrennt. Die Eintagsgebilde dieses Parteiwesens bedeuten wenig neben der großen Frage: soll unser Volk seine Krone unterstützen, wenn sie den Handschuh aufnimmt, den ihr der Terrorismus in's Gesicht geschleudert hat? wenn sie sich anschickt eine Verschwörung zu unterdrücken, die den Bestand einer tausendjährigen Cultur, alle Religion und Sittlichkeit des heranwachsenden Geschlechts gefährdet? Der deutsche Staat, eingepreßt wie er ist zwischen argwöhnischen Nachbarmächten, besäet mit den Trümmern von zwanzig krankhaften Kleinstaatsgewalten, zerrissen von unzähligen politischen, kirchlichen, socialen Gegensätzen, mit einem Volke, dessen Mehrheit den Segen der jungen Einheit noch nicht voll und ganz empfindet — ein solcher Staat darf keine Rücksicht üben gegen einen fanatischen Feind, der in einzelnen deutschen Landen, namentlich in dem armen Sachsen, schon nahe daran ist, die ganze Jugend an sich zu reißen. Wenn die nationalliberale Partei dies einsieht und schon in ihrem Wahlprogramm die Nothwendigkeit strenger Ausnahmegesetze unumwunden anerkennt, so kann die Fraction vielleicht in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung fortbestehen. Wo nicht, nicht. Eine Partei, die sich über Lebensfragen nicht zu einigen vermag, ist keine Partei mehr. Enthält der Wahlauf Ruf nur unbestimmte, aus einem mühseligen Compromiß hervorgegangene Worte, so ist er für einen großen Theil der Parteigenossen nicht bindend und eine veränderte Fraktionsbildung wird unvermeidlich.

Wenn die ultramontane Partei zu rechnen verstände, so müßte sie jetzt ihren Frieden mit der Krone zu schließen versuchen. Aber sie ist ein unberechenbares Gemisch von Hochconservativen, Radicalen und vereinzelt Liberalen, und am letzten Ende entscheidet hier der Befehl des römischen Stuhls. Ob der kluge Kopf des Papstes Leo den Sieg davonträgt über seine jesuitische Umgebung, scheint sehr zweifelhaft. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die clericale Fraction in ihrer ablehnenden Haltung verharret. Für ihre Wahlsitze hat sie wenig zu fürchten. Ihre wohlgepflegte Heerde wird vollauf befriedigt sein, wenn der Candidat nur im Allgemeinen versichert die römische Gesinnung bilde das wirksamste Gegengift wider den Socialismus; bestimmtere Zusagen sind überflüssig. Die Fortschrittspartei, wird selbstverständlich auch diesmal vor den harten Thatfachen ihre Augen verschließen; desgleichen alle jene Heldenjenseelen, die von Alters her gewohnt sind Nein zu sagen, mit dem stillen Troste, die Mehrheit beschließe doch das Gegentheil! Nach Alledem wird die Regierung auch in dem neuen Reichstage des Beistandes der gemäßigten Liberalen schwerlich ent-

behren können, und es ist ganz undenkbar, daß sie von Haus aus eine feindselige Haltung gegen den Liberalismus einnehmen sollte. Die Auflösung des Reichstags ist nicht blos ein Schachzug gegen die Nationalliberalen, sondern durch sachliche Gründe gerechtfertigt. Die conservative Strömung, die heute zur Nothwendigkeit geworden ist, kann zur Reaction führen, wenn das unheilvolle Bündniß zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei sich von Neuem schließt; sie kann es nicht, wenn die besonnenen Liberalen der Krone gewähren, was für die Befestigung der socialen Ordnung unentbehrlich ist. Nur dann werden sie im Stande sein ein Uebermaaß der Strenge abzuwenden.

Was ich hier sagte ist der Ausdruck einer persönlichen Ueberzeugung; in so ernster Zeit soll Jeder reden wie es ihm um's Herz ist. Aber ich weiß, daß meine Ansicht in weiten Kreisen getheilt wird. In unserem decentralisirten Lande giebt die Provinzialpresse die Meinungen der Nation oft treuer wieder als die Presse der Hauptstadt. Ueberall wo man die Socialdemokratie aus der Nähe kennt, wurde schon der Beschluß vom 24. Mai mit sehr gemischten Empfindungen aufgenommen, und heute mehrten sich die Stimmen, die vor der Wiederholung warnen. Ein Mann, der liberaler denkt als ich, schreibt mir einfach: wichtiger als der Bestand irgend einer Fraction ist uns der Bestand der bürgerlichen Gesellschaft.

Schwer und drückend liegt heuer die Luft des fröhlichen Frühlingsfestes über unserem unglücklichen Vaterlande. Wie viele Jahre noch, bis wir die Erinnerung an diese bitteren Tage verwunden haben, bis wir wieder sagen dürfen, die Seele unseres Volkes sei genesen! Nicht durch Adressen, Telegramme und Entrüstungsmeetings werden wir die Achtung der Fremden, die heute über die deutsche Treue spotten, wiedergewinnen. Erst wenn die Nation durch die That bewiesen hat, daß die Würde der Krone und die Segnungen der Cultur ihr theurer sind als das Parteigezänk — dann erst wird die Welt uns glauben, daß was uns heute schändet und entwürdigt ein fremder Tropfen im deutschen Blute war.

10. Juni.